

Protokoll:

Herr Beigeordneter Flöck führt aus, dass die Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt 1.2 begonnen werden soll, da es hier um Grundsätzliches geht. Seitens der Verwaltung wurde eine ausführliche Stellungnahme abgegeben. Da der FNP von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung der Stadt Koblenz ist, sollen die frühzeitigen Beteiligungen durch den Stadtrat freigegeben werden. Anhand der Präsentation, die durch Grafiken zur Saldo-Wanderungsbewegung und Mietpreisentwicklung den Mangel an Wohnraum aufzeigt, bekräftigt er den Bedarf an potentiellen Bauflächen. Nach seiner Ansicht sollte die Wohnraumnachfrage arbeitsplatznah in Koblenz unter einer starken Berücksichtigung von Klima- und Umweltaspekten befriedigt werden. Ratsmitglied Herr Hans-Peter Ackermann sieht dringenden Handlungsbedarf, den FNP fortzuschreiben und führt aus, dass auch nach Ansicht der Bundes- und Landesregierung grundsätzlich keine weiteren Flächen versiegelt werden sollten. Daher sollten die potentiellen Bauflächen weiter reduziert werden. Darüber hinaus wird durch die Projekte Rosenquartier und Fritsch-Kaserne zeitnah Wohnraum geschaffen. Bevor neue Wohngebiete erschlossen werden ist nach Ansicht der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vorrangig alte Bausubstanz zu recyceln, bzw. zu modernisieren. Ratsmitglied Herr Carl-Bernhard von Heusinger betont, dass nicht auf die Nachbargemeinden geschaut werden sollte, sondern eine nachhaltige Lösung für Koblenz gefunden werden sollte. Dies ist eine der 33 Maßnahmen im Klimanotstandsbeschluss gewesen. Ratsmitglied Frau Lipinski Naumann erklärt, dass potentielle Flächen mit einem sehr hohen Konfliktpotential mit den Belangen der Umwelt seitens der SPD nicht mitgetragen werden. Es gibt bereits genug Flächen die als gering, mittel oder hoch bewertet wurden und völlig ausreichend sind. Ratsmitglied Frau Anna-Maria Schuhmann-Dreyer hebt die Abwanderung aus Koblenz in das Umland hervor und plädiert dafür auch die Anregungen der Ortsbeiräte zu berücksichtigen. Herr Beigeordneter Flöck offeriert, dass die Kasernen die als zukünftige Konversionsfläche avisiert waren nun nicht mehr zur Verfügung stehen und ganz im Gegenteil die Kasernen nun aufgestockt und seitens der Bundeswehr neue Büros geschaffen werden. Als Beispiel nannte er die Gneisenau Kaserne und die Franzosensiedlung, die durch die BlmA nun massiv aufgestockt werden soll.